

Mehrwertsteuergesetz

# Benachteiligung von Schweizer Unternehmen soll aufgehoben werden

**Künftig sollen quasi alle in der Schweiz tätigen ausländischen Firmen mehrwertsteuerpflichtig werden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst es, dass der Bundesrat endlich handelt.**

Wenn ausländische Firmen in der Schweiz einen Auftrag erledigen, sind sie von der Mehrwertsteuer befreit – sofern ihr jährlicher Umsatz in der Schweiz weniger als 100 000 Franken beträgt. Besonders Schweizer Unternehmen in Grenzregionen erleben dadurch einen deutlichen Nachteil gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten.

**Bundesrätin** Eveline Widmer-Schlumpf will dies nun ändern. Sie wird im Rahmen einer «kleinen Mehrwertsteuerreform» im Juni eine Gesetzesänderung vorstellen. Künftig sollen alle ausländischen Unternehmen in der Schweiz mehrwertsteuerpflichtig sein, sofern der weltweit erwirtschaftete Gesamtumsatz mehr als 100 000 Franken beträgt. Damit würde das Problem faktisch gelöst, da kaum eine Firma weniger als 100 000 Franken Umsatz hat. Durch die Änderung

würden 22 000 ausländische Unternehmen mehrwertsteuerpflichtig. Der Bund rechnet mit jährlichen Steuermehreinnahmen von 40 Millionen Franken.

**Nationalrat** Ignazio Cassis (FDP, TI) hat bereits sechs Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Der jüngste Vorstoss wurde vom eidgenössischen Parlament einstimmig dem Bundesrat überwiesen. Bislang hatte der Bundesrat stets argumentiert, dass der administrative Aufwand zur Behebung dieser Ungleichbehandlung zu hoch sei. Offenbar war diese Einschätzung nicht richtig.

Dass der Bundesrat nun endlich handeln will, begrüsst der Gewerbeverband Basel-Stadt. «Es wird höchste Zeit, dass diese Benachteiligung der Schweizer Unternehmen beseitigt wird. Gerade für Grenzregionen ist es wichtig, wenigstens in diesem Punkt gleich lange Spiesse zu haben», sagt Gewerbepräsident Gabriel Barell. «Derzeit haben diese ausländischen Firmen von vorneherein einen Preisvorteil von acht Prozent. Störend ist, dass es so lange gedauert hat, bis diese Ungleichbehandlung endlich beseitigt wird.»

**«Spitzhacke»**

## KOLUMNE

## Spam-Mails erhöhen die Arbeitsmoral!

Glaubt man diversen Untersuchungen, ist die Email-Flut für Unternehmen ähnlich verheerend wie eine klassische Überschwemmungskatastrophe. «Spiegel Online» weiss: Büroangestellte vergeuden im Schnitt 3,5 Lebensjahre mit dem Lesen unwichtiger und unnötiger E-Mails. 3,5 Lebensjahre! Von der vergeudeten Arbeitszeit ganz zu schweigen. Kein Wunder veranstalten Firmen ein wahres Wettrüsten, um wenigstens die Flut unerwünschter E-Mails von Aussen einzudämmen. Ganz besonders im Visier der Mailabwehr sind Junk- oder Spam-Mails.

Allerdings völlig zu Unrecht. Denn Spam-Mails erhöhen die Arbeitsmoral! Natürlich nicht alle, aber einige sorgen für echte Erheiterung. Und eine gute Stimmung ist doch die Grundlage jeglicher Produktivität. Also ein Hoch auf «Firmen» wie Ana Finance Management. Deren E-Mails beginnen mit «Brauchen Sie Kredit an Ihre finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen?» Ja? Dann soll man seine Daten angeben – zumindest ist das die naheliegendste Interpretation des Satzes: «Sie werden freundlich gebeten, wieder mit den folgenden Informationen gefüllt.»

## info

**AREAL AESCHENGRABEN**

## Grünes Licht für die Baloise-Neubauten

Der Grosse Rat hat in seiner März-Sitzung dem Bebauungsplan für das Areal Aeschengraben zugestimmt und damit den Neubau des Baloise-Hauptsitzes bewilligt. Der Plan sieht drei kubische Baukörper und einen öffentlichen Platz vor. In einem 87 Meter hohen Hochhaus wird nebst Büros und Konferenzsälen auch ein neues 5-Stern-Hotel der Mövenpick-Kette domiziliert sein. Letzteres ersetzt das Hilton-Hotel.

Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist erfreut, dass sich im Grossen Rat die

pragmatischen Kräfte durchgesetzt haben, welche der Baloise und dem Mövenpick-Hotel die für einen reibungslosen Betrieb notwendige Anzahl Parkplätze zugestehen möchten. Ein von rot-grüner Seite vorgebrachter Änderungsantrag wollte auf dem Areal trotz zusätzlicher Nutzfläche, Angestellten und Hotelgästen die Zahl der Parkfelder auf dem heutigen Niveau belassen und gefährdete damit das Projekt als Ganzes. Der Antrag wurde mit 47 zu 43 Stimmen abgelehnt.